

# Danziger Dampfboot.

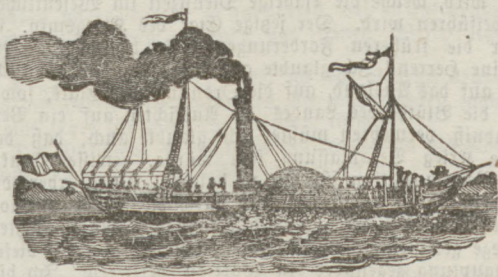
N<sup>o</sup>. 101.

Montag, den 1. Mai.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5.

wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1865.

36ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Netemeyer's Centr.-Ztg. u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Ilgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

## Staats-Lotterie.

Berlin, 29. April. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 131ter Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 5000 Thln. auf Nr. 39,717, 1 Gewinn von 2000 Thln. auf Nr. 79,342.

31 Gewinne zu 1000 Thln. fielen auf Nr. 370, 2626, 2876, 3674, 3956, 5087, 7797, 8001, 8422, 8515, 9813, 10,301, 11,594, 13,039, 29,234, 29,397, 31,482, 41,948, 43,681, 44,900, 46,615, 50,633, 53,311, 60,815, 62,435, 62,530, 69,005, 80,377, 85,153, 88,825 und 90,515.

62 Gewinne zu 500 Thln. auf Nr. 4575, 6431, 7672, 7978, 9739, 12,280, 16,472, 16,932, 17,323, 17,753, 19,594, 20,314, 21,459, 21,708, 22,637, 22,819, 24,277, 24,767, 26,498, 27,444, 32,254, 32,322, 32,367, 34,011, 35,128, 35,545, 36,988, 37,868, 38,542, 38,914, 40,360, 41,809, 42,561, 43,435, 46,011, 47,200, 51,087, 53,331, 54,094, 55,660, 55,966, 58,559, 60,974, 62,144, 62,279, 64,376, 64,689, 65,707, 68,223, 70,941, 72,327, 78,097, 79,095, 80,035, 82,124, 83,807, 89,140, 92,138, 93,392, 93,443, 93,813 und 94,050.

83 Gewinne zu 200 Thln. auf Nr. 974, 1152, 1609, 3163, 3911, 4546, 6731, 6734, 8426, 9575, 12,456, 13,883, 14,145, 14,446, 14,659, 15,319, 15,373, 15,719, 15,951, 17,780, 17,780, 18,429, 19,395, 19,431, 19,901, 21,657, 22,259, 22,395, 22,829, 22,896, 26,186, 27,368, 29,399, 30,039, 30,286, 30,527, 30,585, 33,034, 35,766, 35,958, 38,081, 38,970, 39,551, 40,407, 40,976, 42,079, 42,745, 48,181, 52,287, 53,319, 53,978, 55,682, 55,818, 56,430, 57,540, 59,116, 59,817, 60,088, 60,856, 61,158, 64,797, 65,061, 65,726, 68,631, 69,509, 69,655, 70,093, 70,324, 73,402, 75,851, 76,659, 78,619, 79,596, 81,720, 82,531, 84,462, 85,688, 86,408, 90,277, 90,685, 91,615, 92,500, 93,006 und 94,164.

Privatnachrichten zufolge fiel obiger Hauptgewinn von 5000 Thln. nach Berlin bei Aron.

## Telegraphische Depeschen.

Flensburg, Sonnabend 29. April.

Die hiesige „Nordd. Zeitung“ theilt eine Circularverfügung des Ministerpräsidenten v. Bismarck an die Consularagenten vom 18. d. Mts. mit, deren wesentlicher Inhalt besagt: Da die Herzogthümer in den Mitbest. Preußens gelangt sind, so haben sie Anspruch auf den Bestand der preussischen Consulen. An denjenigen Plätzen, wo gleichzeitig österreichische Consulate sich befinden, bleibt den Bewohnern von Schleswig-Holstein die Wahl. Wenden sie sich an die preussischen Consulen, so haben Letztere sich ihrer in derselben Weise anzunehmen, als wenn sie preussische Staatsangehörige wären. Die schleswig-holsteinischen Schiffe haben aber auch den Anspruch auf den Bestand der preussischen Consulate, wenn sie unter österreichischer oder der provisorischen schleswig-holsteinischen Flagge (blau-roth-gelb) fahren.

Wien, Sonnabend 29. April.

Das Abgeordnetenhaus drückte auf den Antrag Berger's sein Mitgefühl mit dem Schicksale des Präsidenten Lincoln und seine Sympathie für die Union durch Erheben von den Sitzen aus.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Verathung über das Budget des Staatsministeriums beendet und dasselbe im Wesentlichen nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. So wurden namentlich 200,000 Gulden für den allgemeinen Dispositionsfonds bewilligt, während der Staatsminister v. Schmerling schließlich dem Antrage Szabel's, den Posten auf 400,000 Gulden zu fixiren, beigetreten war. Vor dem Schlusse der Sitzung legte die Regierung den in Berlin abgeschlossenen Zollvertrag dem Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Wie die Wiener „Abendpost“ vernimmt, hat die österreichische Regierung, nachdem sie von der

Ermordung des Präsidenten Lincoln Kenntniß erhalten, sofort dem amerikanischen Gesandten beim Wiener Hof sowohl als auch durch die österreichische Gesandtschaft in Washington ihre tiefe Theilnahme an dem unglücklichen Ereignisse und die Hoffnung ausgesprochen, daß die verabscheuungswürdige That weder auf die Herstellung des inneren Friedens der vereinigten Staaten, noch auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten einen nachtheiligen Einfluß ausüben werde.

Turin, Sonnabend 29. April.

In der letzten Sitzung der Deputirtenkammer wurde die Resolution, daß die Stadt Turin sich um das Vaterland verdient gemacht habe, mit Acclamation angenommen.

Der Senat hat Artikel 1 des Rekrutirungs-Gesekentwurfs abgelehnt, sodas die Böglinge der Seminarien auch ferner vom Militärdienste befreit bleiben.

Paris, Sonnabend 29. April.

Der Kaiser Napoleon hat heute Morgen die Reise nach Algier angetreten.

Der „Moniteur“ meldet heute, daß der Prinz Murat nach Nizza gegangen ist, um der russischen Kaiserfamilie die Beileidsbezeugungen des Kaisers und der Kaiserin der Franzosen auszudrücken.

Nach dem „Moniteur“ ist Saint Beuve zum Senator ernannt. Der „Moniteur“ veröffentlicht ferner das Dekret, wodurch der Kaiserin für die Dauer der Abwesenheit des Kaisers der Titel Regentin beigelegt wird.

Meyerbeer's „Africaner“ hat bei ihrer gestrigen ersten Aufführung einen außerordentlichen Erfolg erungen. Die Begeisterung des Publikums wuchs von Scene zu Scene. Nach Beendigung der Vorstellung wurde der Vorhang noch einmal aufgezogen und man erblickte auf der Bühne die Büste Meyerbeer's, umgeben von den Schauspielern, welche dieselbe mit Lorbeerkränzen schmückten; das ganze Publikum erhob sich. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten der Vorstellung bis zum Schlusse bei.

Lyon, Sonnabend 29. April.

Der Kaiser Napoleon ist mit Enthusiasmus empfangen und hat heute der Vorstellung im Theater beigewohnt.

Lyon, Sonntag 30. April.

Der Kaiser Napoleon begrüßte heute Vormittag 10 Uhr den Kaiser von Rußland und die kaiserliche Familie bei deren Ankunft auf dem Bahnhofe. Der Kaiser Napoleon hat um 11 Uhr Vormittags die Reise nach Marseille fortgesetzt.

Brüssel, Sonnabend 29. April.

In dem Befinden des Königs ist keine Aenderung eingetreten. Privatnachrichten von gestern lauteten sehr befriedigend. Diesen Morgen war am Schlosse kein Bulletin angeschlagen.

Heutige Privatnachrichten über des Königs Befinden lauten ungünstig. Die Nacht soll schlecht gewesen, der Dr. Jenner von London zurückberufen und außerdem der hiesige Professor Deroubaix consultirt sein.

Brüssel, Sonntag 30. April.

Dem „Moniteur Belge“ zufolge haben der König und der Graf von Flandern durch ihre Adjutanten, sowie der Minister Rogier und seine Kollegen dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Mr. Sanford, ihr Bedauern und ihren Abscheu wegen der Ermordung des Präsidenten Lincoln ausgedrückt. Der „Moniteur“ begleitet ferner mit Ausdrücken lebhafter Sympathie die in gleichem Sinne in gestriger Sitzung

der Deputirtenkammer von Lehardy de Haerne gehaltene Rede.

Madrid, Sonnabend 29. April.

Die in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer gemachte Proposition einer Parlamentsuntersuchung über den Aufstand wurde mit 154 gegen 104 Stimmen verworfen.

London, Sonnabend 29. April.

Nach Berichten aus New-York vom 19. d. Mts. Mittags hatte Präsident Johnson in seiner Antrittsrede, in welcher er sich über seine künftige Politik nicht ausgesprochen, die Ueberzeugung ausgedrückt, daß die Verräther die vollste Strafe erhalten werden.

Mobile ist von den Unionstruppen besetzt worden. Der General der Konföderirten, Johnston, hat sich zurückgezogen. Man glaubt, er werde sich ergeben. Seward's Befinden hat sich gebessert.

Petersburg, Sonnabend 29. April.

Das Preßgesetz mit den bereits bekannten Bestimmungen ist heute veröffentlicht worden. Ein Communiqué im „Journal de St. Petersburg“ giebt warmen Sympathien für Lincoln Ausdruck und spricht zugleich die Hoffnung aus, der Vicepräsident Johnson werde durch maßvolles Auftreten sich als ein würdiger Nachfolger des Verstorbenen zeigen.

## Landtag.

Haus der Abgeordneten.

42. Sitzung am 28. April.

Der Präsident Grabow leitete die Verathung des Berichts der 13. Comm. über den Gesekentwurf betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, mit folgenden Worten ein: M. H. Wie ich schon in wiederholten Sitzungen der früheren Legislatur-Periode gesagt habe, halte ich auch diese Vorlage für eine der wichtigsten, die uns in dieser Legislatur-Periode wieder vorgelegt sind. Die Verpflichtung zum Kriegsdienste m. H., ist eine Vorlage gewesen, die den ganzen Verfassungs-Conflikt zwischen uns und der Königl. Staatsregierung herbeigeführt hat. Ich wünsche von meinem Standpunkte aus, daß es endlich möglich werde, nicht bloß die Vorlage der K. Staatsregierung in einer solchen Weise durch gegenseitige Verständigung zur Erledigung zu bringen, daß zu gleicher Zeit der tiefe Schaden des preussischen Landes, die Verfassungsverhältnisse mit erledigt werden können, und wenn ich von dieser Anschauung ausgehe, so ist es mein innigster Wunsch, daß es möglich werde, ohne die Verfassung in irgend einer Weise zu tangiren, uns mit der K. St.-Reg. zu verständigen. Freilich, nach dem vorliegenden Bericht finde ich einen solchen Anhalt nicht vor. Möge denn die Verathung, in die wir eintreten, die wichtigste, wie ich meine, der Königl. Staatsregierung und demnächst dem Hause der Abgeordneten die Veranlassung geben, endlich eine Verständigung über sie und über den ganzen Verfassungsconflikt herbeizuführen.

Der Präsident bringt hierauf den von den Altliberalen (Bonin und Gen.) eingebrachten Gesekentwurf als Amendement zur Regierungsvorlage zur Unterstützung, die in ausreichender Weise durch die Katholiken und einige Mitglieder des linken Centrums erfolgt. Die Feudalen bleiben sitzen. (Den Antrag selbst haben wir bereits gestern mitgetheilt.)

Für den Bericht der Commission, der bekanntlich die Verwerfung der Regierungsvorlage beantragt, haben sich als Redner eintragen lassen die Abgeordneten Zwesten, Michaelis, Jung, v. Bodum-Dolffs, v. Kirchmann, Wachter, Birchow, Jacoby, Schulze (Berlin), nachträglich auch Waldeck, der nach längerer Krankheit heute wieder in das Haus eingetreten ist; dagegen: Stavenhagen, Hahn (Ratibor), v. Ernsthausen, v. Bonin, Wagener (Rustettin), Graf Wartensteben, v. Vinde.

Gegen den Bericht der Comm. nimmt zunächst das Wort der Abg. v. Stavenhagen: M. H. Ich glaube, daß die Sache bereits nach allen Richtungen hin erörtert ist, so daß schon die vollste Klarheit darüber herrscht. Der Grund, welcher mich noch bewegt, darüber

zu sprechen, ist der, den Standpunkt, welchen ich einnehme, darzulegen und meine Abstimmung zu motiviren. Ich erlaube mir auf die Worte hinzuweisen, die der Abg. Ewesten am 24. Januar bei Gelegenheit der Adressdebatte ausgesprochen: „Ich bin weit entfernt davon, zu glauben, daß volle Eintracht zwischen Land und Krone hergestellt wird, auch wenn in der Militär-Angelegenheit ein Ausgleich herbeigeführt wird; es ist dies unmöglich, so lange das gegenwärtige Ministerium am Ruder ist. Trotzdem aber muß der Verfassungskonflikt gelöst werden, da es die materiellen und moralischen Interessen des Landes durchaus erfordern.“ Der Abg. Ewesten hat damals auf die auswärtigen Verhältnisse hingewiesen, welche ein Einverständnis dringend verlangen, um das Ansehen Preußens dem Ausland gegenüber zu erhalten. Ich glaube auch behaupten zu können, daß der größte Theil der Mitglieder des Hauses mit der Absicht hierher gekommen ist, ein solches Resultat zu erreichen, und in der Hoffnung, es mit Zuthun der Staatsregierung auch erreichen zu können; ich meinerseits habe mich wenigstens stets darum bemüht. Wenn ich mich nun auch nicht der Hoffnung hingeben kann, daß durch die jetzige Verhandlung die Militärfrage vollständig gelöst werden kann, so kann doch wenigstens die Grundlage zu einer Einigung herbeigeführt werden, um darauf in den folgenden Sessionen die Frage zum vollen Austrag zu bringen. Die Versöhnung ist ja auch von der Staatsregierung vielfach betont worden, schon die Thronrede macht Hoffnung auf ein Entgegenkommen der Regierung. In der ersten Zeit habe ich auch wirklich darauf gewartet, ohne jedoch die Erwartung in Erfüllung gehen zu sehen. Da kam nun endlich diese Gesetvorlage, und ich muß gestehen, daß sie die letzte Hoffnung völlig niedergeschlagen hat. Ich fand darin nichts weiter, als das Festhalten an dem Standpunkte, den die Regierung von Anfang an eingenommen hat. Ich ließ dennoch nicht die ganze Hoffnung sinken, indem ich auf das Ergebnis der Commissionsverhandlungen vertraute und immer noch ein Entgegenkommen der Regierung erwartete, um endlich die Worte der Versöhnung zur That werden zu sehen. Leider habe ich davon nichts gesehen und gehört. Ich frage deshalb nun: Was heißt denn der Satz, daß die Königl. Staatsregierung zur Versöhnung geneigt ist? Ich fordere die Mitglieder der Staatsregierung auf, Beweis dafür zu geben, daß diese Worte mehr sind, als eine bloße Redensart. (Sehr gut.) Best jetzt ist es eine Phrase gewesen, der jede thatsächliche Unterlage fehlt. (Bravo.) Ich habe in der Commission ein Amendement gestellt, wodurch ich eine Vereinbarung herbeizuführen hoffte, ein Amendement, welches die Friedensstärke der Armee gesetzlich regeln sollte. Ich frage nun: Was hat die Regierung zu diesem Vorschlage gesagt? Eigentlich so gut wie gar nichts. Der Kriegsminister hat eine eigenthümliche Theorie entwickelt. Er sagt, die Staatsregierung könne ihr letztes Wort nicht eher sagen, als bis sie der Majorität versichert sei. Die Majorität zeigt sich aber doch erst bei der Abstimmung, wenn es zum Reden zu spät ist. Die Staatsregierung hatte aber nicht nur das höchste Interesse, sondern auch den größten Beruf dazu, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen. Aber nachdem, was ich gesehen habe, waltet dieser Wunsch nicht vor. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß es die Pflicht der Regierung ist, dadurch, daß sie sich bestimmt ausspricht, nicht das Ergebnis abzuwarten, sondern auf das Ergebnis hinzuwirken. Ich glaube auch, daß wenn die Regierung zu seinem Amendement eine andere Stellung eingenommen hätte, die Abstimmung in der Commission vielleicht anders ausgefallen wäre. Die Commission hätte sich durch das Auftreten der Regierung allerdings nicht bestimmen lassen sollen, sondern, wenn sie den Vorschlag für gerechtfertigt hielt, ihn selbst halten und sich trotzdem für das Amendement erklären müssen. Ich muß nun freilich constatiren, daß eben aus dem Grunde, die Aussicht auf Majorität oder wenigstens auf eine anständige Minorität (Geltendheit) für mein Amendement vollständig geschwunden ist. Aus diesem Grunde will ich es auch nicht weiter verteidigen, obgleich ich der festen Ueberzeugung bin, daß es besser wäre, wenn das Haus eine solche Bestimmung annähme. M. G. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Staatsregierung fest und mit aller Bestimmtheit an dem Reorganisationsentwurf festhält, den sie von Hause aus angenommen hat. Wenn der Herr Kriegsminister nun die Ansicht hat, daß an der Reorganisation nicht gerüttelt werden darf, so kann man dies doch nicht damit vereinigen, daß die Regierung von Entgegenkommen spricht. Es wäre besser, wenn sie offen und fest sagte: Wir können davon nicht abgehen, anstatt mit leeren Worten herumzuwerfen. Ich erkläre mich aber auf das Bestimmteste gegen den Commissionsantrag, indem ich es für einen großen Fehler halte, im jetzigen Augenblick bei der reinen Negativität zu verharren. Seit sechs Jahren hat das Haus in dieser Sache kein positives Wort gesprochen; man möchte dies wohl im fünften Jahre noch für zulässig erachten, wie man es aber im sechsten noch thun kann, ist mir unerklärlich. Ich werde deshalb gegen den Commissionsantrag stimmen, eben so wenig aber für die Regierungsvorlage, weil sie total unannehmbar ist. Ich erkenne an, daß der Abg. Bonin in seinem Antrage von denselben Grundgedanken, wie ich, ausging, und wenn er sein Amendement etwas modificiren wollte, wäre es vielleicht annehmbar; in dieser Form ist aber Alles, was vorliegt, unannehmbar.

Abg. Ewesten. Die Behauptung meines Voredners, daß die Verhältnisse in diesem Jahre mehr, als früher dazu geeignet wären, das Haus zu veranlassen, aus der Negativität herauszutreten, als man es 5 Jahre lang für angemessen und rathsam hielt, kann ich nicht begreifen. Wir haben uns mehr als zuviel bemüht, ein Verständnis herbeizuführen. Ich bin der Meinung gewesen, daß, als im Jahre 1862 ein Wendepunkt kommen zu wollen schien, wesentlich ein positiver Standpunkt ein-

zunehmen sei, damit sich das Haus klar werde, was es bewilligen könne und was es verweigern müsse. Im Jahre 1863 war die Majorität des Hauses der Meinung, den Gesetzentwurf anzunehmen, wie er in der Commission beschlossen worden war. Die wesentlichste Modification war die gesetzliche Feststellung der 2jährigen Dienstzeit. Die Regierung erklärte damals, nicht darauf eingehen zu können, obgleich sie 1862 erklärt hatte, die 2jährige Dienstzeit sei principiell annehmbar, setze nur einige andere Einrichtungen v. voraus. In diesem Jahre nun hat sich das Ministerium entschieden gegen die 2jährige Dienstzeit ausgesprochen. Das Amendement will nun der Regierung eine Brücke bauen; es will die 2jährige Dienstzeit fallen lassen und trotzdem ähnliche Resultate für die finanzielle Erleichterung des Landes herbeiführen, dadurch, daß die Zahl des Friedenspräsenzstandes festgesetzt wird, welche die 2jährige Dienstzeit im Wesentlichen herbeiführen wird. Der jetzige Etat des Kriegsmin. ist über die früheren Forderungen weit hinausgegangen. Meine Herren! Ich glaube allerdings, daß die Rückfichten auf das Ausland, auf die Ordnung des Etats, sowie auf die Blüthe des Landes die Aussichten auf ein Verständnis vermehren müßte, ich glaube auch, daß der letzte Krieg Veranlassung sein würde, gewisse Punkte der Reorganisation für gut zu halten. Wenn aber die feudale Partei behauptet, daß durch die Reorganisation allein das hätte erreicht werden können, was im letzten Kriege geleistet worden, so lohnt es sich wohl nicht, dieser Behauptung gegenüber ein Wort zu verlieren. Ich bin überzeugt, mit Rücksicht auf die Erfahrungen der letzten Jahre, daß das Land den Frieden wünscht. Dieses schöne Ziel hätte auch durch die Annahme des Amendements erreicht werden können, welche auch wohl in Aussicht stand, sobald sich die Regierung darüber erklärt hätte, dies ist aber nicht geschehen. Wenn nun aber ein Vorschlag gemacht wird und der Minister sich nicht darüber erklärt, dann hört doch wohl die Verständigung auf. Die Minister haben ja aber ausdrücklich erklärt, daß eine Reduktion des Heeres, die im Budget kenntlich wäre, unmöglich sei, damit fällt natürlich jede Aussicht auf Verständigung.

Wir unsererseits haben alles gethan, um eine Verständigung zu ermöglichen; wir sind zurückgegangen mit dem Antrage des Abg. Stavenhagen auf das Anerbieten eines bloßen Präsenzstandes der Armee, wenn die Regierung Bedenken tragen sollte, die zweijährige Dienstzeit formell durchzuführen; die Regierung aber verweigert factisch Alles. Sie erhöht das Kriegsbudget um 3 Millionen gegen 1863, sie geht weiter von Jahr zu Jahr. Es ist unwar, wenn behauptet wird, wir wären der angreifende Theil. Wir wollen nur unser Recht behaupten, ohne welches die Verfassung keinen Sinn und keine Constitution irgend welche Bedeutung hat. Neue Einrichtungen werden in's Leben gerufen ohne Zustimmung der Landesvertretung, und es wird sogar behauptet, die Regierung sei berechtigt, solche Einrichtungen zu erhalten und Geld darauf zu verwenden. Das ist der nackte Absolutismus; das Abgeordnetenhaus wird zur beratenden Versammlung herabgewürdigt. Die letzten Jahre haben allerdings gezeigt, daß wir nicht die Macht haben, diesem Treiben Eintrag zu thun, aber acceptiren wollen wir in keinem Falle die Rolle, zu der die Regierung uns verfassungswidrig herabdrücken will. Wenn die Regierung so fortfährt, ehe sie eine Verständigung sucht, so wird die Spaltung nur noch größer und eine Ausgleichung schwerer, und großes Unheil kann daraus entstehen, wenn in gefährlichen und dringenden Augenblicken eine Verständigung gesucht wird. Die Minister haben ja selbst schon zugestanden, daß der gegenwärtige Zustand nicht ganz mit der Verfassung übereinstimmt; aber m. G. der Eid, der auf die Verfassung geleistet ist, ersticket sich nicht nur darauf, die Verfassung nicht zu brechen, sondern in Uebereinstimmung mit der Verfassung zu regieren. Recht und Verfassung werden gebrochen, indem behauptet wird, es sei nicht mehr eine Recht, sondern eine Existenzfrage. M. G. ist wohl niemals schon gehört worden, daß die Regierung sagt: es kommt nicht mehr auf das Recht an, weil die Landesvertretung nicht Millionen von Thalern bewilligen will! Ist jemals der Rechtsstandpunkt und die Verfassung in dieser Weise mit Füßen getreten worden? Ich glaube, daß dieses Verfahren nichts anderes ist, als Rechtsverachtung und Willkür, und daß es, so lange es Wahrheit in der Geschichte giebt, als solches gebremst werden wird, und nicht nur die Geschichte allein wird ein solches Verfahren verurtheilen. (Lebhaftes Bravo.)

Kriegs- und Marine-Minister v. Roon: M. G. Ich habe nicht die Absicht, mich auf eine Polemik einzulassen, zu welcher ich durch die Aeußerungen des Herrn Voredners veranlaßt werden könnte. Ich beschränke mich darauf, gegen die Deutung, die ich zum Theil wenigstens als feindselige und unehrenhafte bezeichnen muß, zu protestiren, so wie gegen die daran geknüpften Anschuldigungen. Wenn man, wie ich, das letzte Jahr auf einer Breiße steht, so ist es nicht leicht, ohne Bitterkeit den Kampf fortzusetzen, dessen man müde ist und dessen Hoffnungslosigkeit jedenfalls nicht zu seiner Fortsetzung ermuntert, besonders nicht, wenn man, wie ich, sehr häufig nicht mit sachlichen, sondern vielmehr mit politischen Parteimotiven bekämpft wird. Wenn ich also auch nicht eine politische Rede halten will, wozu ich nicht berufen bin, so muß ich doch Eins hervorheben, es giebt Parteien, welche auf die Fortsetzung des Conflictes speculiren. (Widerspruch, Zustimmung und Bewegung.)

M. G. Das Factum kann nicht bestritten werden. Extreme Parteien, die ihren Lebensgrund aus der Fortdauer des Conflictes ziehen, sind nimmermehr die Parteien der Regierung. Die Regierung hat Interesse, die Wunde zu heilen, nicht sie offen zu halten. Die Machtstellung Preußens, seine politische Action wird allerdings durch die Fortdauer der leider seit fünf Jahren bestehenden Zwistigkeiten nicht gestärkt, nicht gefördert. Die Regierung aber, welche eine kräftige politische Action für die Aufgabe Preußens hält, kann die Fortdauer des

Conflictes nicht wünschen. Das bemerke ich dem Herrn Abgeordneten Stavenhagen auf seine Behauptung, der Wunsch nach Versöhnung sei eine leere Phrase. Wenn ich über die Sache spreche, so darf mich die Hoffnungslosigkeit, die Rücksicht auf das Land, auf die Pflicht meines Amtes nicht abhalten, das zu sagen, was zu sagen ist, und dazu bestimmt mich auch die doch nicht unendbare Möglichkeit, daß meine Aeußerungen, zur Ausflärung des einen oder anderen Geägers beitragen können, selbst wenn solche durch eiserne Fesseln der Parteidisziplin in Banden geschlagen seien. (Lebhafter Widerspruch.)

Die Rücksicht auf politische Consequenz darf wohl den rechten Mann nicht abhalten, Meinungen zu ändern, sobald er sich überzeugt hat, daß der Vorwurf politischer Inconsequenz sehr wohlfeil ist und im Widerspruch steht mit den Pflichten, die jeder rechtschaffene Mann in seiner Brust fühlen sollte. Patriotische Erwägungen sollten doch über kleinliche Erwägungen des Egoismus den Sieg davontragen. Ich komme zu dem Berichte der Commission. Das Verzeichniß der Hauptstreitpunkte ist nach meiner Ansicht ganz richtig. Vorher aber will ich noch bemerken, daß, wenn der Wunsch nach Verständigung aufrichtig wäre, die Commission nicht in dem Sinne zusammen-gesetzt worden wäre, wie sie es thatsächlich war; auch die Färbung des Berichts beweist die Richtigkeit meiner Ueberzeugung, den Auslassungen der Opponenten ist offenbar ein breiterer Spielraum gewährt als den Auslassungen der Regierung. Die Präsenzzeit ist der erste und wie ich glaube der Hauptstreitpunkt.

Ich komme später auf die 3jährige Dienstzeit und beschränke mich nur auf die Bemerkung, daß das fortan unbedingte, gleichmäßige Festhalten an der 3jährigen Dienstzeit in dem Gesetzentwurf nicht ausgesprochen ist, daß also auch zu einer solchen schroffen Ausdrucksweise keine Veranlassung vorlag. Ausnahmen finden thatsächlich statt; so sind gegenwärtig bei der Infanterie über 11,000 Mann, die nur zwei Jahre dienen, in der ganzen Armee ca. 20 pCt. Die Regierung glaubt damit in der That bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen zu sein.

In dem Bericht ist von anderen Kriegsgesetzen, als von denen des Jahres 1814 geredet, nach meinen Auslassungen in den Commissionsitzungen hätte es heißen müssen: Vermeintliche Kriegsgesetze. Daß die Landwehr ersten Aufgebots in gleicher Stärke mit dem stehenden Heere organisiert sein müsse, ist in meinen Augen eine Behauptung, welche auf eine Controverse gegen mich hinausläuft, ohne bewiesen zu sein. Ich will Niemandem verlegen, sondern nur strenge an die Wahrheit halten, wenn ich sage: Seitdem ein Beschluß des Hauses nicht ausgeführt werden konnte, seitdem brennt der Conflict nicht länger. Hinsichtlich des Präsenzstandes, der Vermehrung der Cadres u. s. w. frage ich, welche Concessionen die Regierung denn eigentlich machen sollte. Sie kann überhaupt keine machen, so lange es sich um ungerechtfertigte Parteizwecke handelt, das wäre einfach Pflichtverletzung; was geboten werden konnte, das hat man geboten. In dem Bericht ist ironischer Weise gesagt, die Regierung habe ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung an den Tag gelegt, daß sie an den Commissionsitzungen Theil zu nehmen erklärt hat. Ein objectiver Bericht, der so gefärbt ist, kann keinen Anspruch auf Objectivität machen. Nicht durch die Theilnahme an den Commissionsitzungen, sondern dadurch, daß sie nun schon zum vierten Male sich entschlossen hat, einen Gesetzentwurf einzubringen, den sie für unnötig hält, hat sie ihre Bereitwilligkeit bewiesen. Dieses friedsame Entgegenkommen ist nur eine Folge des Verschrens der Regierung, welche immer wieder versucht hat, ob es nicht möglich ist, selbst nach dem Entbrennen des Conflictes, die Herren davon zu überzeugen, daß eine Aenderung nicht möglich ist. Neuerdings, nachdem die eminenten Ereignisse des vergangenen Jahres, die Vortrefflichkeit der Reorganisation klar dargelegt haben, was die meiste Aussicht auf Verständigung vorhanden; das Land weiß, auf welcher Seite die Unversöhnlichkeit ist (Ja wohl), die Tendenzen, welche der Regierung feindselig gegenüberstehen, werden nicht von Allen geteilt.

Wenn man immer von einer Verletzung der Rechte der Landwehr spricht, so kann davon nicht die Rede sein, sondern nur von einer Erleichterung ihrer Pflichten. Das will die Regierung, das will auch das Land, wie die zahlreichen Reclamationen beweisen. Diese Reform hat auch mein Vorgänger v. Bonin angestrebt, gegen dessen Autorität wohl Niemand etwas einwenden wird. Es ist gesagt worden, unsere Armee sei ein kostbares Material, nun, die Landwehr besteht aus noch kostbarerem. Deshalb darf ihre Kriegstüchtigkeit nicht vernachlässigt werden.

Ich muß dem Herrn Präsidenten sagen, daß ich noch lange nicht fertig, (Heiterkeit) aber vollständig erschöpft bin und bitte daher um eine Pause.

Die Sitzung wird auf eine Viertelstunde verlagt.

Um halb 3 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Kriegsminister v. Roon: Die Versuche vom Jahre 1852, um die hinfällig gewordene Instruction zu erneuern, hatten nicht den gewünschten Erfolg. Andere Vorschläge vom Jahre 1859 führten ebenso wie die damalige Mobilmachung dahin, die Mängel des Instituts in eclatanter Weise aufzudecken. In einer Denkschrift meines Amtsvorgängers, in welcher auch das Wesentliche der Reorganisation beantragt ist, wird auch dieser Gegenstand verhandelt. Die Verhältnisse des Jahres 1859 hatten überdies das Vertrauen auf ungeführte Friedensdauer nicht erweckt. Nach der Zwischenformation der sog. Landwehrstamm-Bataillone reichte der damalige Kriegsminister im Einverständnisse mit den übrigen Ministern dem Könige eine Denkschrift ein zur Reorganisation der Armee und es ist noch heute meine feste Ueberzeugung, daß der General v. Bonin sich damit einen Denkstein in der Geschichte der Armee und des Landes gesetzt hat.



